

Der Internationale Strafgerichtshof versus Muammar al-Gaddafi

Muammar al-Gaddafi wurde durch einen Militärputsch 1969 Staatsoberhaupt von Libyen und regierte das Land bis 2011 als Diktator. Gaddafi und seine Familie herrschten mehrere Jahrzehnte uneingeschränkt und unterdrückten jeden Widerstand. Im Rahmen des «arabischen Frühlings» kam es im Februar 2011 auch in Libyen zu Aufständen, die Gaddafi brutal niederschlagen versuchte. Der Konflikt weitete sich zu einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Gaddafi und den Aufständischen aus. Im März 2011 beschloss der UN-Sicherheitsrat, in den Konflikt einzugreifen, um die Zivilbevölkerung zu schützen. Im August 2011 gelang es den Aufständischen, die Hauptstadt Tripolis zu erobern und die Regierungsgewalt zu übernehmen. Gaddafi musste sich in seine Geburtsstadt Sirte zurückziehen.

Schon im Juni 2011 hatte der Internationale Strafgerichtshof Haftbefehle gegen den Staatschef, seinen Sohn Saif al-Islam und seinen Schwager Abdullah as-Sanusi erlassen. Die Anklage lautete auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Art. 7 des Römer Statuts): Gaddafi und seine beiden engsten Verbündeten sollen Hunderte von Zivilisten umgebracht, gefoltert und vertrieben haben.

Muammar al-Gaddafi wurde am 20. Oktober 2011 bei Sirte getötet. Die genauen Todesumstände sind nicht geklärt. Saif al-Islam und Abdullah as-Sanusi wurden im November gefasst. Das Internationale Strafgericht verlangte die Überführung nach Den Haag, die libysche Regierung bestand jedoch darauf, dass sich Saif al-Islam vor einem nationalen Gericht verantworten musste. 2015 wurden Saif al-Islam Gaddafi und Abdullah as-Sanusi von einem libyschen Gericht zum Tode verurteilt.

Bild: U.S. Navy photo

